

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/179

Bonn, den 18. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>CDU/CSU-Kombinationen über Erhard</u>	82

Er soll zunächst noch "Wahllokomotive" bleiben

Dr. Heinrich Krone im Hintergrund

2 - 3	<u>Wo bleibt die Bundesrepublik?</u>	57
-------	--------------------------------------	----

Beobachtungen am Rande der Konferenz arabischer Staatschefs

Von Fred Zänker, z.Zt. Alexandria

3	<u>Die Oder-Neiße-Grenze</u>	30
---	------------------------------	----

Pariser Gesprächspartner zeigten "Kalte Schulter"

4	<u>Tragen alle Deutschen Filzpantoffeln?</u>	46
---	--	----

Englische Schuler ohne modernes deutsches Lesematerial -

Neue Vorurteile erschweren Verständigung

Von Friedrich König

5 - 6	<u>Sozialistische Internationale will ihre Arbeit aktivieren</u>	89
-------	--	----

Interview mit dem in Brüssel gewählten

Vorsitzenden des Büros der Sozialistischen Internationale,

Dr. Viktor L a r o c k

CDU/CSU-Kombinationen über Erhard

Er soll zunächst noch "Wahllokomotive" bleiben

Dr. Heinrich Krone im Hintergrund

sp - Die jetzt ganz offen zutage tretende Uneinigkeit unter der Partei der Bonner Regierungskoalition CDU/CSU - FDP ist nicht nur der Ausdruck unterschiedlicher Meinungen zu diesem oder jenem innen- oder aussenpolitischen Problem; auch personelle Fragen haben in letzter Zeit einen hervorragenden Platz in den parteiinternen Auseinandersetzungen eingenommen.

Die falschen Zungenschläge des Kanzlers

Bei der CDU/CSU wird die Frage erwogen, ob man es sich leisten kann, den jetzigen Bundeskanzler, Professor Dr. Ludwig E r h a r d, noch v o r der Bundestagswahl durch den Adenauer-Intimus Dr. Heinrich K r o n e zu ersetzen. Eine Gruppe in der CDU glaubt, Erhard sei trotz aller seiner falschen Zungenschläge bei öffentlichen Reden immer noch die beste Wahllokomotive. Eine andere Gruppe dagegen meint, Erhard sei im Begriff, die CDU zu kompromittieren, weil er durch seine dauernden und an die falsche Adresse gerichteten Maßhalte-Appelle, durch gegenstandloses Gerede über angebliche Europa-Initiativen, aus denen dann nichts wird, und durch unqualifizierte Angriffe auf Koalitionspartner und politische Gegner ("Zwei Parteien wollten schon kapitulieren") immer mehr den Eindruck eines Mannes vermittelt, der - wie Adenauer einmal sagte - von der Politik nichts versteht.

Innerhalb dieser zuletzt genannten Gruppe wird Erhard außerdem noch vorgeworfen, er und Außenminister S c h r ö d e r hätten, bewusst oder unbewusst, das angeblich von Adenauer gestaltete deutsch-französische Freundschaftsverhältnis gestört und dadurch de Gaulle veranlasst, sich nach anderen Partnern umzusehen.

Die Mehrheit der sich befindenden CDU-Politiker neigt jedoch zu der Auffassung, man müsse Erhard als "Wahllokomotive" behalten; man überlegt aber, wie man ihn in den Monaten vor der Bundestagswahl mit einer Gruppe zuverlässiger Leute umgeben kann, die den Bundeskanzler daran hindern sollen, noch mehr Porzellan zu zerschlagen.

Guttenberg und Strauß

Unabhängig davon wird bei der CDU und auch bei der CSU offen darüber gesprochen, ob es nicht möglich sei, wenigstens den jetzigen Außenminister Dr. Gerhard Schröder durch Baron von G u t t e n b e r g abzulösen. Eine geschickt von CSU-Sprechern, dem RHEINISCHEN MERKUR und alten Freunden Heinrich von Brentanos im Bonner Auswärtigen Amt angelegte Einkreisungskampagne trägt bereits ihre Früchte. Dr. Adenauers letztes Cadenabbia-Interview, in dem der frühere Bundeskanzler sich besorgt über die Situation der Bundesrepublik äußert, wird in CDU-Kreisen als "Sieg der Fronde gegen Schröder" gewertet.

Parole: "FDP spalter!"

Die Kombinationen gehen aber noch weiter. Sie lauten: Spaltung der FDP mit dem Ziel, eine in j e d e m Falle gefügige und zu j e d e r Art von Koalition bereiten FDP-Gruppe zur Verfügung zu haben.

In der Folge dieses Manövers würde dann Franz-Josef Strauß wieder als Verteidigungs- oder als Innenminister nach vorn geschoben werden, während Dr. Rainer Barzel wieder als Gesamtdeutscher Minister in ein Kabinett einrücken könnte.

Selbstverständlich sind diese Kombinationen auch der FDP bekannt, wo ebenfalls eine harte Auseinandersetzung über die Frage im Gange ist, ob man mit Dr. Erich Mende als Vizekanzler und Gesamtdeutscher Minister überhaupt noch Chancen hat, den jetzigen Bestand an Wählerstimmen zu halten. Eine FDP-Gruppe widersetzt sich energisch jedem Versuch der Gruppe um Strauß, von Guttenberg und Barzel, das Spiel im Kampf um die Führungsspitze in der CDU/CSU zu erleichtern. Eine andere Gruppe dagegen rechnet sich aus, dass mit oder ohne Mende nur geringe Chancen bestünden, den jetzigen Wählerbestand der FDP bei der kommenden Bundestagswahl zu halten und ist infolgedessen bereit, sich vornehmlich einer Koalitionsvereinbarung schon vor der Wahl zu beugen.

Adenauer will nicht vermitteln

Versuche, den früheren Bundeskanzler und CDU-Parteivorsitzenden, Dr. Konrad Adenauer, dafür zu gewinnen, die Wogen der internen Auseinandersetzungen in den Koalitionsparteien zu glätten, scheiterten. Adenauer hat einige seiner Parteifreunde wissen lassen, er wolle sich nicht in diesen Dschungelkampf einmischen, schlage aber seinen Freund Dr. Heinrich Krone als Vermittler vor. Um Krone für die Zukunft eine bessere politische Basis zu geben, als er sie im Augenblick durch sein Berliner Abgeordneten-Mandat hat, will der Landesverband Niedersachsen der CDU dem Kanzler-Intimus für die kommende Bundestagswahl ein Mandat anbieten. Krone stammt aus dem Weserland; seine Kandidatur in Niedersachsen könnte deswegen mit dem Begriff "Heimatverbunden" begründet werden. Ausserdem glaubt man bei denjenigen CDU-Politikern, die sich bisher noch nicht in das Kampfgetümmel um künftige Positionen gestürzt haben, dass Heinrich Krone durch sein vermittelndes Wesen, aber auch durch seinen Einblick in die zahlreichen Fäden der Geheimdienste genügend Möglichkeiten hat, "Revolution" innerhalb der Regierungskoalition abzustoppen.

Obwohl anzunehmen ist, dass man am Schlusse der für den 28. September von Dr. Barzel einberufenen Sitzung namhafter CDU-Politiker wieder einmal erklären wird, man sei sich in allen Punkten einig, ist doch mit einer Fortsetzung der Gruppenkämpfe innerhalb der Regierungskoalition zu rechnen.

Die Konsequenzen

Alle diese Vorgänge innerhalb der Regierungskoalition sind unerfreulich. Wollte man die hier aufgeworfenen Fragen lediglich mit der parteipolitischen Brille betrachten, wäre man schlecht beraten. Das Durcheinander bei den Regierungsparteien lähmt die Aktionsfähigkeit der deutschen Politik ganz allgemein; innen- und aussenpolitisch. Die Folge davon ist eine Schwächung des Ansehens der Bundesrepublik bei ihren Bündnispartnern und eine Erhöhung der Chancen für diejenigen Mächtegruppen im Raum der internationalen Politik, die schon seit langem darauf warten, dass unser Ansehen in der Welt gemindert wird.

Wo bleibt die Bundesrepublik?

Beobachtungen am Rande der Konferenz arabischer Staatschefs

Von Fred Zärker, z.Zt. Alexandria

Dreizehn arabische Staatschefs trafen sich in der vergangenen Woche im Montazah-Palast in Alexandria zur zweiten arabischen Gipfelkonferenz dieses Jahres. Wichtige Fragen standen auf der Tagesordnung, Fragen, die auch die Bundesrepublik interessieren sollten. Aber es war nur ein kleines, verlorenes Häuflein westdeutscher Rundfunk- und Zeitungskorrespondenten, die bei den schier endlos währenden Debatten in den Vorhallen des Palastes bei süßem Tee oder im Garten des Pressezentrum bei kühler Limonade ausharrten, um ihre Hörer oder Leser über die Ergebnisse dieser Konferenz informieren zu können.

Während England, die Vereinigten Staaten, Frankreich oder auch die kleine Schweiz recht starke Beobachtergruppen entsandt hatten, blieb die deutsche Initiative vornehmlich den Vertretern Ulbrichts überlassen. Zwei aktive Leute vom zonalen Nachrichtendienst ADW und zwei zonale Rundfunkkorrespondenten zeigten stolz das lange und überaus militant gehaltene Grußtelegramm Walter Ulbrichts an die Konferenz herum, ohne daß ein offizieller Vertreter des Bundespresseamtes oder vielleicht der Kairoer Presseattaché den Männern des Informationsamtes der Vereinigten Arabischen Republik klargemacht hätte, daß es ein schlechter Witz ist, wenn sich Ulbricht in diesem Telegramm als eifrigster Vorsekter der Selbstbestimmung aus gibt und es den SED-Chef gar nicht mehr geben würde, könnten unsere Landsleute in Mitteldeutschland wirklich selbst darüber bestimmen, wer sie regieren soll.

Bei dieser mangelnden Aktivität seitens der Bundesrepublik auf dem publizistischen Sektor ist es auch kein Wunder, daß die Zone am Nil und wahrscheinlich auch in einigen anderen arabischen Ländern gute Früchte für ihre public-relation-Arbeit einheimen kann. Meldungen aus dem SED-Staat findet man in den englisch- und französisch-sprachigen Kairoer Zeitungen ebenso wie im ausländischen Rundfunkprogramm. Wenn auch die meisten Ägypter immer wieder betonen, ihnen liege es lediglich an einer guten Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und weniger mit der Zone, dann stammt diese realere Einschätzung der Situation wohl mehr aus persönlicher Kenntnis als durch eine tatkräftige Öffentlichkeitsarbeit der Bundesrepublik.

Noch etwas kommt hinzu: Häufig genug findet man bei Gesprächspartnern vor allem deshalb eine herzliche Betonung der "traditionellen deutsch-arabischen Freundschaft", weil man in Ägypten offenbar immer noch glaubt, die Bundesrepublik könnte einmal ein Verbündeter im Kampf gegen Israel sein. Die Begeisterung schlägt aber gleich um, und man spricht sofort von der "jüdisch beeinflussten" öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik, sobald man als Gesprächspartner zu versteren gibt, daß man kein früherer SS-Mann und vor allem kein Antisemit ist.

Es wäre eine wirklich lohnenswerte Aufgabe, hier Klarheit zu

schaffen, und zwar nicht augenzwinkernd, sondern mit aller Deutlichkeit. Gerade alten Freunden gegenüber ist eine ehrliche Sprache dienlicher als vorsichtiges Lavieren. Guten Argumenten sind auch die Araber durchaus zugänglich, wenn man auch mit ihnen mehr Geduld haben muß als mit anderen Gesprächspartnern.

Wirkungsvoll mit diesen Fragen beschäftigen kann sich allerdings nur derjenige, der nicht aus der "tausendjährigen" deutschen Vergangenheit belastet ist. Selbst in einigen offiziellen Kreisen Kairo wurde eingesehen, daß es falsch ist, wenn sich heute bei uns gewisse Rechtskreise, wie die National- und Soldatenzeitung, zum Anwalt der arabischen Sache machen. Man hat gespürt, daß das mehr Schaden als Nutzen bringt.

Die Oder-Weiß-Grenze

Pariser Gesprächspartner zeigten "Kalte Schulter"

H.B. - Die deutsch-französischen Konsultationsgespräche in Bonn haben bedauerlicherweise keinen sichtbaren Fortschritt bei dem Versuch zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Bonn gebracht. Abgesehen von den großen internationalen Problemen, die bei dieser Gelegenheit besprochen wurden, hat sich die französische Seite taub gestellt, als sich die deutschen Gesprächspartner Klarheit über die offizielle französische Haltung zur Frage der Oder-Weiß-Linie zu verschaffen versuchten. Etwas anderes war auch nicht zu erwarten, da man mindestens im Bonner Auswärtigen Amt schon seit langem weiß, wie de Gaulle über die Oder-Weiß-Linie denkt. Allerdings ist in kompetenten Kreisen die Frage aufgetaucht, ob es richtig ist - was schon seit geraumer Zeit in Paris behauptet wird -, daß de Gaulle Veranlassung hat, sich bei seiner Einstellung gegenüber dem Problem der Oder-Weiß-Grenze durch Äußerungen namhafter deutscher Regierungsvertreter aus der Zeit der "Ära Adenauer" bestätigt zu fühlen. Hierüber herrscht völliges Dunkel, zumal alle Versuche, die offiziellen Pariser Stellen zu einer kompetenten Äußerung zu veranlassen, bisher gescheitert sind.

Nicht nur bei den Heimatvertriebenen hat das über der Oder-Weiß-Frage lastende Dunkel in den Beziehungen zwischen Bonn und Paris Besorgnis ausgelöst. Auch bei den im Bundestag vertretenen politischen Parteien regt in zunehmendem Maße der Zweifel, ob man dieses Problem in den vergangenen Jahren bei den zahlreichen deutsch-französischen "Gipfeltreffen" nicht vor sich hergeschoben hat, anstatt es in aller Freundschaft und Loyalität, die zwischen Bündnispartnern vorausgesetzt werden muß, offen zu erörtern.

Tragen alle Deutschen Filzpantoffeln?

Englische Schulen bekommen kein modernes deutsches Lesematerial -

Neue Vorurteile erschweren Verständigung

Von Friedrich König

Englands Jugend hält die Deutschen für weltfremde Romantiker. Sie gewinnt diesen falschen Eindruck aus völlig veralteten deutschen Lehrbüchern, die im Sprachunterricht benutzt werden. Das ist das kritische Ergebnis von Untersuchungen, die der staatliche Inspektor für Oberschulen in Wales, Mr. Basil Thomas, gemacht hat. Thomas ist der Ansicht, dass zu wenig geschieht, um die englische Jugend über deutsche Gegenwartsprobleme zu unterrichten. Die Mehrheit der Schüler habe völlig falsche Vorstellungen vom Leben in der Bundesrepublik. Viele junge Leute auf der Insel denken tatsächlich, dass "die Deutschen" immer noch nach Grossväterart gekleidet sind, in mittelalterlichen Häusern wohnen und nach Feierabend mit Vorliebe sentimentale Lieder singen.

Mr. Thomas erklärte kürzlich bei einer Besprechung mit deutschen Austauschstudenten in Frankfurt: "Manche englischen Kinder meinen, die Deutschen betrachteten es als das höchste der Gefühle, am ach so schönen Rhein in versponnener Märchenromantik zu wandern." Auf solche irrigen Meinungsklischees ist Mr. Thomas sogar wiederholt bei sechszehnjährigen Oberschülern gestossen. Sein Kollege Mr. James Platt, der organisatorisch beim deutsch-englischen Studentenaustausch mitwirkt, bestätigt diese Beobachtungen. Er betont, dass ein Hauptgrund für diese unglaublichen Fehlvorurteile der akute Mangel zeitgenössischer deutscher Literatur an englischen Schulen sei. Der überholte Lesestoff vermittelt den jungen Leuten jenseits des Kanals ein komisches Zerrbild vom "Biedermeier-Deutschen" mit Scheuklappen und Filzpantoffeln. Platt fügt hinzu, dass englische Schüler im allgemeinen durchaus zeitgemässe Ansichten über andere europäische Länder und deren Bevölkerung haben. Nur was Deutschland angeht, liegen sie ziemlich schief.

Von anderen Ländern, vor allem aber von Frankreich, wird in England aber auch viel mehr getan, um die Schüler mit neuzeitlichem Lehrmaterial und Anregungen zu unterstützen. Das wird auch aus einem Vergleich des Austausches junger Pädagogen deutlich. Während gegenwärtig nur 330 deutsche Junglehrer im Austausch für 250 Engländer nach drüben gehen, unterrichten 250 französische Pädagogen an englischen Schulen. Deshalb sollten sich die mit Kulturpolitik befassten Stellen in der Bundesrepublik bemühen, den Rückstand aufzuholen und alles tun, um der durch veraltetes Lehrmaterial an englischen Schulen bewirkten falschen Meinungsbildung mit einem grosszügigen Angebot neuzeitlicher deutscher Sprachlehren und Lesebücher entgegenzuwirken; denn die englischen Schüler von heute werden morgen Partner unserer heranwachsenden Jugend auf dem internationalen Feld sein. Im Interesse einer dauerhaften Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen ist es notwendig, unbedingt alles zu vermeiden, was die Schaffung neuer Vorurteile fördern könnte.

Sozialistische Internationale
will ihre Arbeit aktivieren

Interview mit dem in Brüssel gewählten
Vorsitzenden des Büros der Sozialistischen Internationale,
Dr. Viktor L a r o c k

Während der Generalratssitzung der Sozialistischen Internationale in Brüssel wurde der frühere belgische Aussen- und Erziehungsminister, Dr. Viktor L a r o c k, zum Vorsitzenden des Büros der Sozialistischen Internationale gewählt. Viktor Larock war so freundlich, uns einige Fragen über seine zukünftige Tätigkeit zu beantworten.

Die Redaktion

* * *

Frage: Nach Ihrer Wahl zum Vorsitzenden des Büros der Sozialistischen Internationale haben Sie erklärt, Sie hätten bestimmte Vorstellungen von der Reorganisation der Arbeitsweise der Internationale. Wollen Sie ausser Ihren politischen Aktivitäten in Belgien einen wesentlichen Teil Ihrer Zeit dieser Aufgabe widmen?

Antwort: Ich meine, es ist eine Voraussetzung für das Gelingen meiner Vorstellungen, dass ich einen grossen Teil meiner Arbeitskraft ausschliesslich der Arbeit für die Sozialistische Internationale widme. Wir leben in einer sehr spannungsgeladenen Zeit, die Probleme drängen schnell nach ihrer Lösung, und die Sozialistische Internationale muss daher auch in einem schnelleren Rhythmus als in der Vergangenheit bei ihren Entscheidungen zu praktischen Ergebnissen gelangen. Hierbei möchte ich feststellen, dass es sich nicht um meine Ideen handelt. Die Mehrzahl der Mitgliedsparteien befürwortet eine Aktivierung der Arbeit in der Internationale. Seit dem vorigen Kongress in Amsterdam haben die deutsche, die belgische, die französische und die niederländische Partei in dieser Beziehung bestimmte Vorstellungen entwickelt. Hier in Brüssel haben wir jetzt die bisher bekanntgewordenen Meinungen gegenübergestellt und miteinander ausgetauscht; ein abschliessendes Ergebnis konnten wir noch nicht erzielen. Deshalb habe ich jetzt den Sekretär der Internationale gebeten, alle Vorschläge, soweit sie schriftlich vorliegen, zusammenzustellen, um für eine der nächsten Sitzungen des Büros der Internationale eine Gesamtschau zur Verfügung zu haben.

Führende Sozialdemokraten müssen häufiger zusammenkommen

Frage: Wenn Sie von Aktivierung der Arbeit der Internationale sprechen, denken Sie dabei vornehmlich an die organisatorischen oder an die politischen Aufgaben?

Antwort: Man kann das eine vom anderen nicht trennen. Aber gewisse Fragen von internationaler Bedeutung sollten häufiger als bisher im Büro der Internationale diskutiert werden. Ich bin zum Beispiel dafür, dass die in letzter Zeit mehrfach stattgefundenen "Gipfelkonferenzen" der führenden Persönlichkeiten der sozialistischen Parteien noch häufiger veranstaltet werden. Das Büro der Internationale hat hierbei eine wichtige Initiativaufgabe. Ich möchte aber ausdrücklich besonen, dass die Internationale weder Empfehlungen noch Anweisungen an die einzelnen Mitgliedsparteien geben will. Unsere Zusammenkünfte sollen da-

zu dienen, die entscheidenden Probleme der internationalen Politik gemeinsam zu erörtern, unterschiedliche Auffassungen zu klären und im Resultat eine gemeinsame Linie herauszuarbeiten.

"Was Willy Brandt sagt, ist realistisch"

Frage: Sie sehen also Ihre Aufgabe im Sinne einer Aktivierung der organisatorischen und politischen Tätigkeit des Büros der Sozialistischen Internationale. Deswegen möchte ich Sie jetzt gleich fragen, ob Sie die Auffassung von Willy Brandt teilen, dass in Kontakten mit den Staaten im östlichen Machtbereich von unserer Seite nicht versucht werden soll, den einen Staat gegen den anderen auszuspielen?

Antwort: Was Willy Brandt gesagt hat, ist realistisch. Ich teile auch seine Auffassung, dass man nicht glauben soll, die sich jetzt differenzierenden Staaten im östlichen Machtbereich seien schon emanzipiert. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Einfluss Moskaus nach wie vor existiert, und wir wissen nicht, in welcher Weise er sich noch auf die Politik der Ostblockstaaten auswirken kann. Unabhängig davon bin ich mit Willy Brandt der Meinung, dass es richtig ist, bei allen Kontakten zu Ostblockstaaten sich so zu verhalten, dass diese sich nicht zurückgesetzt fühlen.

Die Menschheit will Gerechtigkeit und Frieden

Frage: Sie selbst und andere Redner auf dem diesjährigen Kongress des Generälrats der Internationale haben davon gesprochen, dass die junge Generation eine Sehnsucht nach Menschenwürde und Frieden hat. Wie begründen Sie diese Auffassung?

Antwort: Wo wir hinblicken, spüren wir, dass die jungen Menschen aller Völker eine Sehnsucht danach haben, die Menschenwürde, die Gerechtigkeit und den Frieden gesichert zu sehen. Diese Sehnsucht geht selbstverständlich weit über den Kreis derjenigen Menschen hinaus, die sich Sozialisten nennen. Deshalb muss der moderne Sozialismus, entsprechend dem Auftrag, den er sich selbst gegeben hat, in seiner praktischen Politik diese Sehnsucht von Millionen Menschen zum Ausdruck bringen. Ich bin der Meinung, es ist die vornehmste Aufgabe des Sozialismus, der Generation von heute klarzumachen, dass Sozialismus kein seelenloser Materialismus ist, wie oft behauptet wird. Wir wollen die Struktur der Wirtschaft so ändern, dass der Mensch die Gewissheit hat, alle seine geistigen Kräfte frei entfalten zu können. Die jungen Menschen und auch diejenigen, die durch die schrecklichen Erlebnisse des letzten Weltkrieges gezeichnet sind, suchen keine Dogmen. Sie haben oft auch keine feste politische Meinung, wollen aber genauso wie wir, dass die grossen Möglichkeiten, die die zivilisierte Welt heute dank der Technik hat, nicht destruktiven, sondern konstruktiven Zielen dienen. Sie haben einen Durst nach Frieden und Freiheit, genauso wie wir. Doch müssen wir sagen, dass wir keine bedingungslosen Pazifisten sind, weil wir wissen, dass es nicht genügt, nur den Frieden zu wollen. Ein neuer Weltkrieg wäre das Ende der Menschheit. Deshalb müssen wir nach dem Gesetz, nach dem wir vor mehr als hundert Jahren in der Geschichte angetreten sind, alle uns zur Verfügung stehenden Kräfte zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit der Menschen einsetzen. In diesem Bemühen darf es keinen Unterschied zwischen Nationen und Rassen geben. So sehe ich meine Aufgabe als Vorsitzender des Büros der Sozialistischen Internationale, eine Aufgabe, der ich mich mit meiner ganzen Kraft widmen werde.